

# Arbeiterblatt

der

PROLETARISCHEN VEREINIGUNG ÖSTERREICHS

Nummer 166

Juli 1962

## Der "antifaschistische Kampf" der SP

Die Neufaschisten werden stärker, frecher. Sie werden von den entscheidenden Schichten der Bourgeoisie gezüchtet, gefördert. Was unternimmt die "stärkste Partei", die SP dagegen? Den Neufaschismus ernstlich bekämpfen, das kann die "sozialistische" Partei n i c h t ! Da müsste sie ja kämpfen g e g e n die Bourgeoisie, mit der sie schon jahrelang v e r b ü n d e t ist!

Das zu verhüllen, unzufriedene Arbeiter zu beruhigen, das versucht die SP zuerst mit scheinradikalen Phrasen. Dazu hat sie vor allem die "Linken" (lies: Zentristen!) z u a l a H i n d e l s . Wie raffiniert dieser Sozialbürokrat vorgeht, um die Arbeiterschaft zu täuschen, das zeigte sein Artikel über den Österreichischen Turnerbund (AZ 1.11.1961).

Er bringt dort Tatsachen über diese neufaschistische Organisation, ihre gegenrevolutionäre Aktivität und kreischt: "Es ist Zeit, diesem Treiben ein Ende zu bereiten!" Stimmt, es wäre schon längst Zeit, den Kampf gegen die konterrevolutionären Vorbereitungen der Bourgeoisie aufzunehmen und konsequent zu führen - a b e r w i e ?

Gelegentlich, mit Zustimmung der Bourgeoisie, dürfen die Afritsch, Holaubek & Co ein paar Neonazis verhaften, ja sogar einsperren lassen. Sie dürfen hie und da ein gegenrevolutionäres Kameradschaftstreffen, eine neufaschistische Zeitung verbieten, usw. Das soll der Arbeiterschaft beweisen, wie ernst SP, Gewerkschaftsbürokratie "die (bürgerliche!) Demokratie" gegen den Neufaschismus verteidigen.

Es ist ein bewußter S c h w i n d e l ! Mit ihren hohlen Worten und scheinradikalen "Taten" sucht die Sozialbürokratie die entscheidenden Tatsachen zunverschmieren: daß sie m i t

den gegenrevolutionären Schichten der Kapitalistenklasse zusammenarbeitet, mit der ÖVP, dieser Partei der Heimwehrführer Raab, Figl & Co! Daß die Bürgerliche Demokratie, diese verhüllte kapitalistische Diktatur, unmöglich im Bündnis mit der gegenrevolutionären Bourgeoisie gegen diese selbst verteidigt werden kann! Daß daher, dank dieser K o a l i t i o n die Neufaschisten immer offener, immer unverschämter hervortreten können! Daß die Sozialbürokratie die meisten gegenrevolutionären Kundgebungen nicht nur duldet, zumindestens durch Schweigen, sondern sogar öfters Vertreter dorthin entsendet (siehe vor allem die Sozialbürokraten Kärntens und Steiermarks)!

Den Arbeitern, Angestellten vorspiegeln, die SP werde ernstlich gegen den Neufaschismus vorgehen - woran sie nicht im Traum denkt. Ihnen vortäuschen, sie werde die Gegenrevolution verhindern - während die Sozialbürokraten vor ihr längst kapituliert haben, wie vor 1934. Der Arbeiterschaft vorschwindeln, die SP werde gegen die Bourgeoisie kämpfen - wobei diese den Pittermann, Olah, Pollak & Co ihren Judaslohn für den Sozialverrat zukommen läßt! Dieses Vorspiegeln, Vortäuschen, Vorschwindeln; dieses Verdecken des Verratscharakter der SP mittels der zentristischen Phrasen eines Hindels, mittels der "linken" Taten der Afritsch & Co - darin besteht der "antifaschistische Kampf" der Schwindelsozialisten, ihrer SP! Sie sind "Sozialisten" in Worten, Schwindler in der Tat!

Doch Ehre wem Ehre gebührt. Die verräterische Stalinbürokratie, ihre schwindelkommunistische Partei sind der sozialverräterischen Bürokratie, ihrer schwindelsozialistischen Partei ebenbürtig! Auch der "antifaschistische Kampf" der KP ist ein ungeheurer B e -

t r u g an den Massen. Er soll nur den Stalinbürokraten das Ausschmarotzen der Kampfkraft der Arbeiterklasse erleichtern!

Ja, die Arbeiterklasse muß auch die bürgerliche Demokratie verteidigen - gegen die konterrevolutionäre Bourgeoisie! Das ist unmöglich in Koalition mit der Ausbeuterklasse oder einem ihrer Teile! Nur der prinzipielle Kampf gegen die g a n z e Kapitalistenklasse - bei taktischer Berücksichtigung innerkapitalistischer Differenzen. - nur dieser Kampf ermöglicht eine erfolgreiche Verteidigung der bürgerlichen Demokratie gegen die konterrevolutionäre Bourgeoisie!

Und nur dieser konsequente proletarische Klassenkampf ermöglicht die Überleitung der kapitalistischen Demokratie in die proletarische Demokratie. In dieser bestimmen und kontrollieren in Staat und Wirtschaft die Arbeiter, Angestellten, Kleinbauern, Kleinbürger, diese ungeheure Volks m e h r h e i t, unter Führung der Arbeiterklasse. Daher ist die proletarische Demokratie der einzige Übergangsweg zu w a h r e n demokratischen Weltsozialismus, letzten Endes zum e h r l i c h e n Weltkommunismus!

Der Kampf um die proletarische Demokratie, für ihre Errichtung durch konsequente Überwindung des Kapitalismus kann nur geführt werden durch eine Partei der proletarischen Demokratie! Diese proletarischdemokratische Arbeiterpartei muß geschaffen werden - und das erfordert den B r u c h mit der Arbeiterbürokratie und ihren Verratsparteien: mit der SP, dieser Partei des Schwindelsozialismus u n d der KP, der Partei des Schwindelkommunismus!

30.11.1961

B.T.

#### Kämpfende Arbeiterschaft

Die kapitalistische Doppeloffensive - Ausbeutung und Teuerung - wird gegen die Massen immer weiter vorgetrieben. Durch wen? durch die Ausbeuterklasse - mit a k t i v e r Hilfe der SP, mit p a s s i v e r Hilfe der KP! (Worüber Schwindelphrasen, "radikale" Taten nicht täuschen dürfen). Darum vermag die Kapitalistenklasse die Ausbeutung und den Lohnraub so riesig zu steigern! Dagegen wehrten, wehren sich viele Ausgebeutete im Mai. -

In Österreich fand der große Metallarbeiterstreik statt. Wir haben ihn schon ausführlich besprochen (AB Nr. 165,). Die verräterische Gewerkschaftsbürokratie rief ihn nur aus, um die tief unzufriedenen Arbeiter zu "beruhigen". Die Kampfenergie der Metallarbeiter sollte verpuffen - ohne den Profit zu gefährden. Der Streik beleuchtete die Judasmethoden der Arbeiterbürokraten: sie haben die proletarische Demokratie in Gewerkschaften abgewürgt und beherrschen diese Massenorganisation. Dadurch sind die Gewerkschaften Instrumente der Arbeiterbürokratie, dienen leitend deren eigensüchtigen Interessen. Die Gewerkschaftsmitglieder dürfen reden, kritisieren - aber die Gewerkschaftsbürokratie entscheidet! D a r u m konnte sie den Metallarbeiterstreik nach ihren Bedürfnissen "organisieren", abbrechen - ohne die Arbeiter zu fragen!

Der "etallarbeiterstreik hat bestätigt: nur wenn die Arbeiter (Angestellte inbegriffen) ernstesten Kampfwillen zeigen, kämofen, nur dann können sie etwas für sich erreichen! Daß das Resultat so mager war, das verdanken die Ausgebeuteten der Arbeiterbürokratie, deren Verratsparteien, der SP, KP. Immerhin wirkte das Beispiel der Metallarbeiter ermutigend auf andere Ausgebeutete: es folgte eine Reihe kleinerer Kämpfe gegen die kapitalistische Offensive.

Der Gastgewerbestreik: dank der verräterischen Gewerkschaftsbürokratie vermochten die Unternehmer die berechtigte Lohnerhöhung monatelang hinauszuschieben. Als die Arbeiter, Angestellten es schließlich satt hatten, da "organisierten" die bürokratischen Judasse einen Streik: einen möglichst kurzen, "etappenweisen" Kampf, damit möglichst wenige Ausgebeutete erfaßt würden - so suchten die Gewerkschaftsbürokraten den Druck auf die Unternehmer zu verringern, deren Profit zu schützen. (Wie beim Metallarbeiterstreik!)

"Wilde" Streiks gegen drohende Entlassungen und für höhere Löhne fanden statt bei den Bergarbeitern von Grünbach und des Reviers Wolfsegg-Traunthal. Gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie streikten die Belegschaften zweier Wiener Betriebe - Pantherbrotwerke (XIV.) und Plastikfabrik Schmiedberger (XXIII.). In beiden Fällen war der unmittelbare Anlaß ein Angriff seitens

der Unternehmer auf ein Betriebsratmitglied. Tatsächlich war es ein Kampf gegen Ausbeutung, Lohndruck.

Deutlich zeigte sich wieder bei diesen Streiks, daß die Arbeiterschaft da steht ohne einer wirklichen Arbeiterpartei. Also ohne der unumgänglichen, zum erfolgreichen Kampf nötigen Klassenführung. Nur deshalb vermag die Arbeiterbürokratie die Kampfkraft der Massen für sich auszunützen. Nur deshalb vermögen SP, KP jeden ernststen Arbeiterkampf zu sabotieren!

Spanien: die spontane Streikwelle, die im April begonnen hatte, breitete sich schnell aus. Dem Kampf der asturischen Bergarbeiter um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen traten zuerst bei die baskischen Industriearbeiter und die Textilarbeiter Valencias. Dann griff der Streik über nach Barcelona, Madrid und anderen Industrie- und Hafenstädten. Schließlich wurden fast alle Gebiete Spaniens erfaßt, da viele Landarbeiter streikten.

Aus schon besprochenen Gründen (siehe AB 164) hat sich die Ausbeuterregierung zurückgehalten. Schließlich hat sie sogar magere Lohnerhöhungen bewilligt. Dank ihrer offenen Diktatur scheffelt die spanische Ausbeuterklasse solche Riesengewinne, daß sie den Ausgebeuteten leicht ein paar Brocken hinwerfen kann. Um Boden unter der Arbeiterschaft zu gewinnen, "billigten" sogar die schwarzen Originalpfaffen "rein wirtschaftliche" Streiks...

Die sozialbürokratischen und stalinbürokratischen Ersatzpfaffen suchten die Führung der Streikwelle in die Hand zu bekommen. Unter dem Titel "Union der demokratischen Kräfte" bereiten sie, zusammen mit bürgerlichen Elementen, eine Neuauflage der verräterischen "Volksfront" vor. Dazu arbeiten diese Schwindelsozialisten und Schwindelkommunisten sogar zusammen mit rechtsbürgerlichen, ja monarchistischen Elementen. (Gleich der SPÖ). Warum können die Arbeiterverräter, ihre SP, KP sich das leisten? Warum brachte die Streikwelle den spanischen Arbeitern so wenig? Weil eine wahre Arbeiterpartei, eine proletarische Klassenpartei fehlt!

Westdeutschland: In der Saar streikten fast 50.000 Arbeiter und Angestellte der staatskapitalistischen Kohlengruben

und der damit verbundenen Betriebe. Es war der erste große Streik in der Saar seit fast vierzig Jahren. Die Gewerkschaftsbürokratie hat ihn ausgerufen, um die Kampfkraft der unzufriedenen Arbeiter verpuffen zu lassen. Sie hat den Streik mit einem faulen Kompromiß abgebrochen - gegen den Willen der grossen Mehrheit der Streikenden. Die westdeutschen Gewerkschaftsbürokraten bedienten sich derselben Judasmethode wie ihre verräterischen "Kollegen" in Österreich. Ein weiterer Beweis, wie dringend nötig der Kampf für die proletarischdemokratische Reform der Gewerkschaften ist!

Frankreich: seit der Errichtung der bonapartistischen Diktatur der Bourgeoisie sind die Löhne, Gehälter sehr weit hinter den Profiten zurückgeblieben. Die Löhne wurden noch verkleinert durch die Teuerung und Steuern seitens der Kapitalistenklasse. Immer wieder wehren sich die Ausgebeuteten so gut sie können. Doch Sozialbürokratie und Stalinbürokratie sabotieren nach Noten. Nur wenn der Kampf der Arbeiter die Profitorientierung ernstlich zu stören droht, rufen die Arbeiterbürokraten möglichst kurze Streiks aus - als Verpuffungsaktionen. Darum vor allem die Streiks in den staatskapitalistischen Unternehmungen: Eisenbahn, Post, Gas- und Elektrizitätswerke, Arsenale und Flugzeugfabriken.

In Italien treibt die verräterische Arbeiterbürokratie dasselbe Spiel: bei den Metallarbeitern, Landarbeitern, Lehrern, Manchmal jedoch, gegen den Willen der Arbeiterverräter, bricht die Kampf Stimmung der Ausgebeuteten deutlich hervor - zB. in Ceccanò (Mittelitalien). Dort streikte die Belegschaft einer großen modernen Seifenfabrik wochenlang um höhere Löhne. Die kapitalistischen Eigentümer suchten den Betrieb mit Streikbrechern weiter zu führen. Dagegen demonstrierten schließlich die Arbeiter, wollten die Streikbrecher hinauswerfen, Flugs war die kapitalistische Polizei da, um "die (Ausbeuter)Ruhe und (Profit)Ordnung wiederherzustellen". Zuerst mittels Gummiknüppeln und Tränengas. Als die wütenden Arbeiter sich auch dadurch nicht "beruhigen" ließen, schoß die Ausbeuterpolizei in die Demonstranten hinein. Ein Arbeiter wurde getötet, viele verwundet. Ein Beweis, daß "die (bürgerliche) Demokratie", nur die verhüllte Diktatur der

Kapitalistenklasse ist. Wenn nötig, streckt diese ihre eisernen Krallen hervor. Erinnern wir uns nur an den 15. Juli 1927 in "unserer (bürgerlichen) Demokratie"!

Im Streikkampf standen u.a. auch englische Metall-, Textil-, Auto- und Werftarbeiter; Lastwagenchauffeure in den USA und japanische Seeleute.

Argentinien und Rhodesien waren die Schwerpunkte des Arbeiterkampfes in den zurückgebliebenen Ländern. Diese werden durch das Abflauen, Stagnieren der Konjunktur schwer getroffen.

Die Arbeiterschaft Argentiniens muß das mit beträchtlicher Arbeitslosigkeit bezahlen. Solange die verräterische Gewerkschaftsbürokratie imstande war, hat sie die unzufriedenen Arbeiter vom Kampf abgehalten. Als das nicht mehr ging, versuchten es die Arbeiterverräter mit einer großen Verpuffungsaktion: einem (Schwindel) Generalstreik. Dieser, dank der Kampfbereitschaft der Arbeiter, drohte jedoch ernstesten Charakter anzunehmen. Darauf würgte ihn die Arbeiterbürokratie kurzerhand ab.

In den riesigen Kupferbergwerken Nordrhodesiens streikten 30.000 Grubenarbeiter mehrere Wochen um höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Aus demselben Grund traten tausende Industriearbeiter Südrhodesiens in den Streik. Zur "Aufrechterhaltung der (bürgerlichen) Ruhe und (kapitalistischen) Ordnung" wurden dort Ausbeuterpolizei und Truppen gegen die Streikenden eingesetzt. Dabei wurden mehrere Arbeiter getötet, viele verwundet.

Die Arbeiterkämpfe des Monats Mai bestätigten: in der Tiefe nimmt die Unzufriedenheit, der Kampfwille der Arbeiterschaft zu. Daß davon vorderhand an der Oberfläche nicht mehr zu sehen ist, das hat einen Hauptgrund: Mangel einer konsequenten proletarischen Führung! Weder die heutigen Gewerkschaften noch die "Arbeiter"parteien der Sozialbürokratie und Stalinbürokratie sind imstande, diese Führung zu bilden. Die SP, (LP)KP werden es auch niemals wieder werden! Das vermögen nur Organisationen der Arbeiterklasse in denen es proletarische Demokratie gibt!

In den Gewerkschaften gibt es heute keine proletarische Demokratie! Sie sind Instrumente der Arbeiterbürokratie, dienen leitend deren erzgoistischen Interessen.

Das oberste Gebot der Sozialbürokratie lautet: keinen ernstesten Kampf gegen die Ausbeuterklasse! Das wäre das Ende der Koalition mit der Bourgeoisie gegen die Massen, damit das Ende des Judaslohns für die Sozialbürokraten und ihre Sippschaft. - Die Stalinbürokratie sucht die Kapitalisten für die "friedliche Koexistenz", für die Koalition mit dem Kreml gegen die Massen zu gewinnen. Vor allem durch Verschachern der Arbeiterinteressen!

Darum vermögen die Gewerkschaften heute nicht einmal den Kampf für die brennendsten Tagesinteressen der Arbeiterklasse wirksam zu führen. Was muß geschehen, damit die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen der Arbeiterschaft werden? Sie müssen proletarischdemokratisch reformiert werden: durch Reinigung von den bürokratischen Schmarotzern und durch Wiederherstellung der proletarischen Demokratie, mit viel wirksameren organisatorischen Garantien gegen jegliche Verbürokratisierung! (siehe AB 160 für Beispiele dieser Sicherungen).

SP, (LP), KP sind keine Arbeiterparteien. Sie werden beherrscht von der Arbeiterbürokratie, die längst jede Spur von proletarischer Demokratie ausgemerzt hat! SP(LP)KP verfechten daher in erster Linie die selbstsüchtigen Interessen der Sozialbürokratie bzw. Stalinbürokratie. Diese arbeiten dadurch - zumindestens objektiv - in die Hände der Kapitalistenklasse, was sie zu bemänteln suchen: mittels ihres Schwindelsozialismus bzw. Schwindelkommunismus.

SP(LP), KP sabotieren jeden ernstesten Arbeiterkampf gegen die Ausbeuterklasse. Die Erfahrung hat bewiesen, beweist immer wieder: diese Judasparteien sind für den konsequenten Arbeiterkampf längst endgültig verloren, sind unheilbare Verratsparteien!

Darum braucht es eine wirkliche Arbeiterpartei! Diese muß die ausgebeuteten Massen nicht nur anleiten wofür zu kämpfen, sondern auch aufzeigen wie, mit welcher Taktik dieser Kampf zu führen ist: zB. die Verknüpfung des Tageskampfes für Lohn usw. mit dem Kampf zur Umwälzung des kapitalistischen Systems; die Mittel, Methoden, des konsequenten Arbeiterkampfes, die der jeweiligen Lage nach Ort und Zeit entsprechen.

Diese Partei kann nur sein die Partei der proletarischen Demokratie: die Partei-

mitglieder müssen darin bestimmen und kontrollieren! Eben das wird sie machen zur proletarischdemokratischen Arbeiterpartei!

4.7.1962

V.P.

Auch die KP ist für das kapitalistische Eigentum

Mit Recht wirft die K<sup>f</sup> der SP vor, daß sie die "gegebenen (dh. kapitalistischen!) Eigentumsverhältnisse" anerkenne. Also ist die KP gegen das kapitalistische Eigentum? Diesen Eindruck sucht sie in der Arbeiterschaft immer wieder zu erwecken - um deren Kampfkraft leichter zu Gunsten der Stalinbürokratie ausschmarotzen zu können.

Was jedoch ist die wirkliche Einstellung der KP zum Ausbeutereigentum? Im Leitartikel der "Volksstimme" vom 5. 5.62 war zu lesen, daß die "wichtigste Voraussetzung (nämlich des Sozialismus) die Zurückdrängung des Einflusses des Privatkapitals ist".

Erstens wird damit das staatskapitalistische Eigentum stillschweigend anerkannt! Zweitens ist nur von "Zurückdrängen des Einflusses" des privatkapitalistischen Eigentums die Rede - nicht von seiner Aufhebung. Doch die Aufhebung jeglichen Kapitals, ob Staats- oder Privatkapital, ist Voraussetzung des wirklichen, demokratischen Weltsozialismus!

Der erwähnte Leitartikel im stalinbürokratischen Zentralorgan läuft also darauf hinaus: etwas mehr kapitalistische Verstaatlichung! Aber privat- und staatskapitalistisches Eigentum sollen ruhig weiter bestehen. - Nach der KP zu urteilen, schafft die jetzige bürgerliche Koalitionsregierung in Italien, wenn sie die Elektrizitätswirtschaft verstaatlicht, die Voraussetzung zum Sozialismus! Genau denselben Schwindel hat ja die SP bezüglich der Verstaatlichung in Österreich verzapft!

Warum bekennt sich die stalinbürokratische Partei zum Ausbeutereigentum? Weil sie so von der Bourgeoisie Konzessionen zu Gunsten des Kremls erhofft. Sicher wären auch die Revolutionsverräter Kopenig & Co gern wieder in der offenen Koalition, wie 1945-47. Sehnsüchtig denken sie an die einträglichen Po-

sten, die sie damals hatten, als sie im offenen Bündnis mit der Ausbeuterklasse gegen die Massen waren.

Die Anerkennung des kapitalistischen Eigentums durch die KP - das ist die Praxis des "friedlichen Weges zum Sozialismus", den die Stalinbürokratie 1957 verkündete! Damals hat sie auch offen in Worten den Kampf für die Umwälzung des kapitalistischen Systems aufgegeben! Damit hat sie den wirklichen, proletarischen Sozialismus mit Füßen getreten. Damit hat sie auf Lenin, den Marxismus-Leninismus, tatsächlich gespuckt. So suchte, sucht sie die Bourgeoisie zur "friedlichen Koexistenz" zu bewegen: damit die entartete Stalinbürokratie in Ruhe genießen kann die Riesenvorteile, Riesenprivilegien, die sie an sich gerissen hat - durch ungeheuerlichsten Verrat an der Arbeiterklasse, durch Entrechtung, Unterdrückung der Massen der SU und "Volksdemokratien"!

26.6.62

R.G.

Korrekturen zu AB Nr. 165

- 1) S.2, Sp.1, Abs.3, Z.3 v.u.: anstatt "si" sollte es heißen "wir".
- 2) S.3, Sp.1, Abs.2, Z.3: das Wort heißt: "durchzusetzen".
- 3) S.3, Sp.2, Abs.2, in der vorletzten Zeile soll es heißen "Untergraben".
- 4) S.4, Sp.1, Abs.3, Z.3: das dritte Wort soll heißen "Ausbeutung".
- 5) S.6, Sp.2, Abs.4, Z.5: das "hat" ist zu streichen.
- 6) S.7, Sp.2, Abs.1, Z.1: statt dem "die" ist ein "den" zu setzen.
- 7) S.8, Sp.2, Abs.4, Z.7: anstatt "sichtig" muß es heißen "wichtig".